

Bundestagswahl 2013

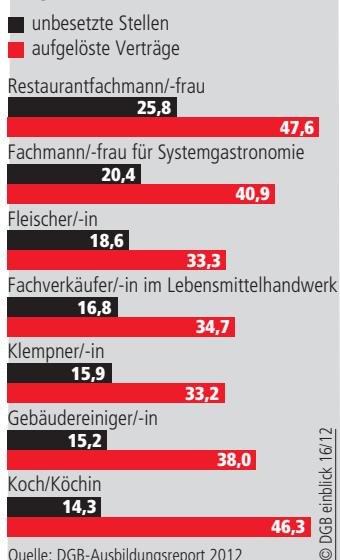
DGB-Jugend eröffnet Wahlkampf

Gute und sichere Beschäftigung, solide finanzierte Bildung und bessere Ausbildungsqualität, mit diesen zentralen Forderungen eröffnet die DGB-Jugend ihre Kampagne „Wahl.Kampfansage“ zur Bundestagswahl 2013. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf kündigt an: „Diese Punkte müssen sich in den Parteiprogrammen, im Wahlkampf, in den Koalitionsverhandlungen und letztendlich in der politischen Gestaltung wiederfinden. Daran messen wir die Politik.“ Die Jugend brauche wirkliche Zukunftschancen. Darüber hat der DGB-Bundesjugendausschuss bereits Anfang September mit Spitzenpolitikern von CDU, SPD, der Linken und den Piraten gesprochen.

So fordert die DGB-Jugend mehr Geld für Bildung. Alle Studien- und Bildungsgebühren sollen abgeschafft werden. Außerdem soll der Kampf gegen prekäre Beschäftigung Eingang finden in die Wahlprogramme der Parteien. Rudolf fordert eine unbefristete Übernahme aller Auszubildenden sowie gesetzliche Regeln gegen den Missbrauch von Praktika.

Wenig attraktiv

Anteil von unbesetzten Ausbildungsstellen sowie die Quote von vorzeitig aufgelösten Ausbildungsverträgen in ausgewählten Berufen (in Prozent)



Unter dem Motto „Ausbildung statt Ausbeutung“ fordert die DGB-Jugend, die Ausbildungsqualität zu verbessern. Dass hier der Handlungsbedarf weiterhin groß ist, zeigt der DGB-Ausbildungsreport 2012. Die zum siebten Mal durchgeführte Befragung von rund

Der DGB-Ausbildungsreport 2012 zeigt, dass es viele offene Stellen und eine hohe Abbruchquote insbesondere in den Berufen und Branchen gibt, wo die Ausbildungsqualität als schlecht bewertet wird.

12 000 Auszubildenden belegt, dass sich in Sachen Übernahme, Überstunden und fachlicher Anleitung nicht viel bewegt hat. „Gemessen an dem lauten Klagen der Arbeitgeber über einen Mangel an Auszubildenden hat sich überraschend wenig getan“, kritisiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock.

So gibt fast jede/r zehnte Auszubildende an, keine/n AusbilderIn zu haben. Rund 40 Prozent aller Befragten müssen regelmäßig Überstunden leisten. Der DGB bemängelt, dass trotz klarer Regeln jede/r Fünfte weder einen Freizeitausgleich noch eine entsprechende Vergütung bekommt. Sehrbrock fordert deshalb die Industrie- und Handels- sowie die Handwerkskammern auf, ihrer Kontrollfunktion nachzukommen und in gravierenden Fällen Sanktionen zu verhängen.

Schwerpunkt des Reports ist in diesem Jahr die Zufriedenheit der Azubis mit der Berufsschule. René Rudolf kritisiert: „Gerade einmal 56,3 Prozent der Auszubildenden bezeichnen die fachliche Qualität ihres Berufsschulunterrichts als gut oder sehr gut“. Ein Grund: die zum Teil schlechte Ausstattung der Berufsschulen. Zufrieden mit ihrer Ausbildung sind Bank- und Industriekaufleute sowie Mechatroniker. Schlusslicht bleibt das Hotel- und Gaststättengewerbe. •

plusminusBERLIN

+ „Ein Jahrzehnt der Alphabetisierung“ fordert **Dagmar Ziegler**, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, um die Zahl der Menschen mit Lese- und Rechtschreibschwäche zu verringern. Alphabetisierung müsse als Herausforderung verstanden werden.

- „Nie zuvor waren die Bildungschancen in Deutschland besser als heute“, glaubt der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Albert Rupprecht**. Er findet: „Die Möglichkeiten sind da. Sich aufraffen und sie nutzen muss jeder schon selbst.“

Seite 3

Mehr Europa aber anders
Der DGB fordert eine grundlegende Reform der Europäischen Union

Seite 5

Elternhaus entscheidet
Ob Kinder studieren oder eine Ausbildung machen, hängt weiterhin vom Status der Eltern ab. Der DGB stellt fest: Chancengleichheit sieht anders aus

Seite 7

Prekäre Arbeit bekämpfen
Michael Sommer, DGB-Vorsitzender und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), zum Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bit.ly/ngg_initiative
Internetseite der NGG-Kampagne „Faire Arbeit. Gutes Leben – demografischen Wandel gemeinsam gestalten“

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Der DGB-Ausbildungsreport 2012 mit allen Zahlen, Daten und Statements

Arm und Reich

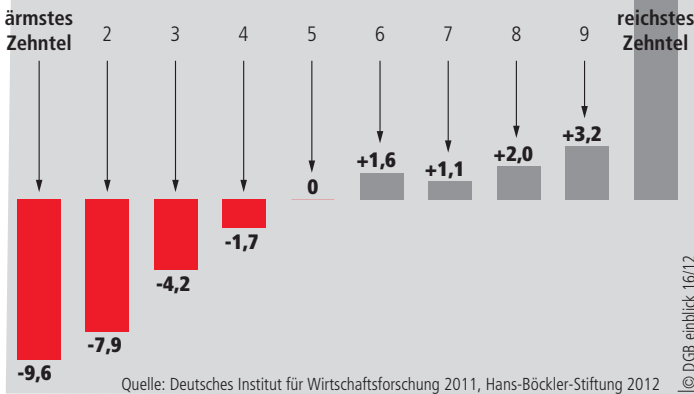
Wer wenig verdient, kauft wenig

Die Schere, die sich zwischen den armen und reichen Deutschen immer weiter öffnet, bleibt das klas-

sische Bild der aktuellen Einkommenssituation. Im Auftrag der Internationalen Arbeitsorganisation

Ungleiche Verteilung

Entwicklung des real verfügbaren Jahreseinkommens zwischen 1999 bis 2009 (in Prozent)



Nicht nur die Einkommen sind ungleich verteilt. Auch der größte Anteil des Nettovermögens gehört nur einem kleinen Teil der BürgerInnen. Es ist Zeit für Reformen, fordern WissenschaftlerInnen und Teile der Politik.

Bundeswehr

Eine Armee der Gesellschaft

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat die Politik aufgefordert, die Bundeswehr auch nach dem faktischen Ende der Wehrpflicht zu einer Armee in der Gesellschaft zu machen. Die deutschen Streitkräfte sollten „aus der Gesellschaft kommen, in der Gesellschaft verankert sein“, mahnte Sommer bei einem Kolloquium „Sicherheit gemeinsam gestalten“, das der Beirat für Fragen der Inneren Führung beim Verteidigungsministerium Anfang September in Berlin organisierte. Das fange ganz praktisch bei der Rekrutierungs- und Personalpolitik einer nunmehr professionalisierten Freiwilligenarmee an: Dabei müssten die Streitkräfte darauf achten, „dass sie auf die Mitte der Gesellschaft zielen“. Zudem müsse sich die Bundeswehr bewusst sein, dass sie „Teil einer Debatte um Fachkräfte“ sei.

In den Gewerkschaften gebe es sehr unterschiedliche und teils gegensätzliche Haltungen zur Bundeswehr und zu ihren Einsätzen, räumte Sommer ein. „Ich habe sehr bewusst als Vorsitzender des DGB versucht, die Diskussion auch innerhalb der Gewerkschaften offen zu halten.“ Am Ende sei wichtig,

dass eine Entscheidung über den Einsatz von Soldaten demokratisch legitimiert sei, auch wenn es dagegen Widerspruch gebe. Sommer lud ausdrücklich Verteidigungsminister Thomas de Maizière als Gast in den DGB-Bundesvorstand ein: Der letzte Ressortchef in diesem Gremium sei Helmut Schmidt gewesen. ●

Finanzaufsicht

Verbraucherschutz verbessern

Die Bundesregierung will die nationale Finanzaufsicht stärken. Künftig soll auch die Deutsche Bundesbank eingebunden werden, um Gefahren für die Finanzstabilität zu identifizieren und Vorschläge „zur Abwehr dieser Gefahren zu erarbeiten“. In der Anhörung zu dem Gesetzentwurf forderte der DGB, mit dem Entwurf auch das Gesetz über die Deutsche Bundesbank zu ändern. Sie sollte vorrangig nicht mehr alleine auf Preisstabilität, sondern „im Rahmen ihrer Mög-

lichkeiten“ auch auf einen hohen Beschäftigungsstand und auf „außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenen Wirtschaftswachstum“ achten.

Darüber hinaus fehlt dem DGB ein ausreichender Verbraucherschutz im Gesetz. Eine Kontrolle der angebotenen Finanzprodukte fehle völlig. Die Gewerkschaften wünschen sich einen „Finanz-TÜV“, der die Produkte nach Mindestanforderungen überprüft. Auch Stiftung Warentest kritisiert, dass ein wirk-

ihre Einkäufe wiederum über Kredite finanzierten. Die Kreditblasen platzten dann im Zug der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Autoren der Studie halten Reformen, die die Einkommensunterschiede reduzieren, für den richtigen Weg, um die schwache Konsumnachfrage und die Exportabhängigkeit zu überwinden.

Doch nicht nur die Einkommen wachsen unterschiedlich. Der Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts 2012 der Bundesregierung zeigt, dass die Nettovermögen der privaten Haushalte zwischen 1992 und 2012 von 4,6 auf rund zehn Billionen Euro anstiegen. In dem bislang noch nicht veröffentlichten Bericht heißt es nach Angaben der *Süddeutschen Zeitung*: Dieses Privatvermögen sei sehr ungleich verteilt und verletze das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung. Der Bericht befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung. ●

CGZP-Urteil

Geld für die Rentenkasse

Immerhin 70 Millionen Euro konnte die Rentenversicherung bis 31. Juli zusätzlich verbuchen. Die Nachzahlungen resultieren aus dem Urteil über die aberkannten Tarifverträge der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften (CGZP) mit Leiharbeitsfirmen. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte bei der Bundesregierung nachgefragt, wie der Stand der Nachzahlungen sei. Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung sind bislang aber erst 1700 der 3200 betroffenen Unternehmen geprüft worden. ●

samer Verbraucherschutz im Gesetz fehlt. Der im Entwurf geplante Beirat reiche nicht aus. Verbraucherschutz müsse „zentrale Aufgabe einer Aufsichtsbehörde“ sein. ●

www.dgb.de/1P91

Mehr Europa aber anders

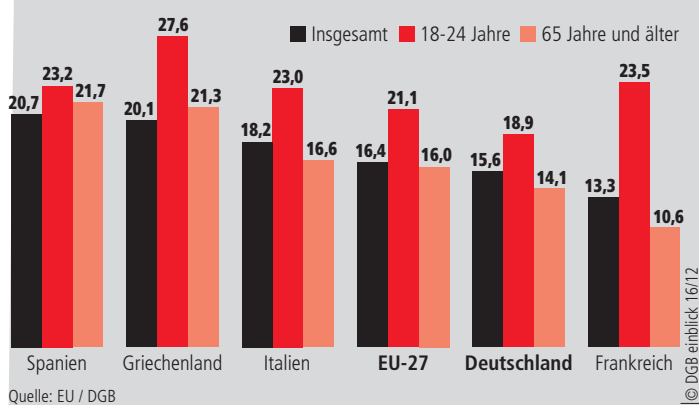
Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über den dauerhaften EU-Rettungsschirm ESM und über den Fiskalpakt fordert der DGB eine grundlegende Reform der Europäischen Union.

„Als Antwort auf die Krise in Europa brauchen wir mehr Europa und nicht weniger“, begründet der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Forderung nach einer grundlegenden Reform der EU. „Jetzt ist

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) zu Fiskalpakt und ESM kam auch für die Gewerkschaften nicht unerwartet. Der DGB begrüßt, dass die VerfassungsrichterInnen die Funktion des

Europa in der Armutsfalle

Anteil der Bevölkerung, der von Armut bedroht ist, in der EU und in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, Stand: 2010 (in Prozent)



Bereits heute sind 16,4 Prozent der EU-BürgerInnen, rund 80 Millionen Menschen, von Armut bedroht. Besonders hart trifft es die Jungen – nicht nur in den Krisenländern der EU. Der Fiskalpakt mit seinen rigiden Sparvorgaben wird diesen Trend noch verstärken, befürchten die Gewerkschaften.

es an der Zeit, umzulenken und die Weichen zu stellen für ein demokratischeres und soziales Europa“, so Sommer. Der DGB fordert einen EU-Konvent, der unter Beteiligung der Parlamente und der Zivilgesellschaft, also auch der Gewerkschaften, Konzepte für die Reform der EU entwickelt.

ESM als dauerhaften Schutzschirm für die Euroländer bestätigt haben. Ohne ihn, so Michael Sommer, „wären viele Krisenländer der Erpressung der Finanzmärkte ausgeliefert“. Die Kritik der Gewerkschaften am Fiskalpakt bleibt bestehen. „In unseren Augen löst der Fiskalpakt die Probleme in der Eu-

rozone nicht“, betont Sommer. Im Gegenteil: Er verschärfe die soziale Schieflage in Europa. Der erhöhte Spardruck werde Wachstum „im Keim ersticken“, befürchtet Claus Matecki, im DGB-Vorstand für Wirtschaftspolitik zuständig. „Es ist höchste Zeit für einen wirklich anderen Kurs in der Anti-Krisenpolitik.“ So ist es aus Sicht des DGB dringend erforderlich, dass sich der ESM bei der Europäischen Zentralbank (EZB) refinanzieren darf, wie jede andere Bank auch.

In seiner Bewertung des BVerfG-Urteils hat der DGB auch eine bessere demokratische Legitimierung der Europapolitik angemahnt. Europäisches Parlament (EP) und nationale Parlamente sollten nicht erst dann beteiligt werden, wenn die Entscheidungen bereits getroffen sind. Das Europa der 27 sei in wesentlichen Fragen nicht mehr handlungsfähig und greife als Notlösung auf zwischenstaatliche Vereinbarungen zurück, sagt Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Europapolitik zuständig. „Das gefährdet die Demokratie, weil das EP außen vor bleibt“, so Buntenbach. Gleichzeitig nimmt die Akzeptanz des europäischen Projektes seit Jahren ab. Die Unübersichtlichkeit im europäischen Mehrebenen-System trägt zu einer weiteren Verunsicherung der Menschen bei. „Sie können nicht mehr nachvollziehen, wer für welche politischen Entscheidungen verantwortlich ist“, so Buntenbach.

Die Debatte über die Zukunft Europas nimmt an Fahrt auf. Zehn Außenminister, unter ihnen auch Guido Westerwelle, haben jetzt ein Papier dazu vorgelegt. „Mehr Europa ist nötig“, erklärte Kommissionspräsident José Manuel Barroso am 12. September in seiner Grundsatzrede vor dem EP. Er setzt sich für eine Föderation der Nationalstaaten ein. „Doch was er in Straßburg skizzierte, liest sich wie der Auftakt für eine europäische Hartz-IV-Agenda“, kritisiert Annelie Buntenbach. „Es geht nicht nur einfach um mehr Europa – sondern um ein besseres Europa.“ ●

Monti II vom Tisch

Die EU-Kommission hat ihre Pläne, das Streikrecht durch die so genannte Monti-II-Verordnung zu beschneiden, zurückgezogen. Grund ist die fehlende politische Unterstützung der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner. Der DGB begrüßt diese Entscheidung, die auch ein Erfolg der Gewerkschaften ist, die massiv dagegen protestiert hatten.

Die Kommission hatte die Verordnung als Reaktion auf die Kritik in Folge der umstrittenen EuGH-Urteile Laval, Viking, Ruffert und Kommission gegen Luxemburg vorgeschlagen. Ziel war es, Rechtssicherheit zu schaffen für das Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichen Grundfreiheiten und sozialen Grundrechten – insbesondere dem Streikrecht. Faktisch hätte Monti II das Missverhältnis zuungunsten der sozialen Grundrechte verschärft: So sah der Vorschlag unter anderem einen EU-weiten Mechanismus zur Überwachung von Streiks vor.

Der DGB fordert jetzt echte Lösungen für die Absicherung des Streikrechts auf europäischer Ebene. Die deutschen und europäischen Gewerkschaften setzen sich weiterhin für die Einführung einer Sozialen Fortschrittsklausel in den Europäischen Verträgen ein. Nur so kann ein genereller Vorrang der sozialen Grundrechte verankert werden.

Konferenz: Kurs auf ein soziales Europa

Mit der Zukunft der EU beschäftigt sich auch eine Konferenz, zu der der DGB am 1. November GewerkschafterInnen, PolitikerInnen und ExpertInnen nach Berlin einlädt. Dabei geht es zum einen um die konkreten Folgen der Eurokrise auf die Menschen und zum anderen um Strategien, soziale Standards in Europa zu sichern und Kurs auf ein soziales Europa zu nehmen. GewerkschafterInnen aus EU-Krisenländern berichten über den Sozialabbau in ihrer Heimat, GewerkschafterInnen und EuropapolitikerInnen diskutieren über den Reformbedarf in der EU, und Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano von der Universität Bremen referiert über den Weg „vom neoliberalen zum sozialen und demokratischen Europa“.

ORGATEC

Gute Arbeit im Büro

Gute Arbeitsbedingungen sind auch abhängig von der Ausstattung des Büros. Aus diesem Grund ist das ver.di-Projekt Gute Arbeit am 25. Oktober auf der ORGATEC in Köln, einer Messe für moderne Bürogestaltung, mit einem Stand

vertreten. Unter anderem stellen ver.di-ExpertInnen vor, was gute Arbeit aus gewerkschaftlicher Sicht ausmacht. Anschaulich werden auch negative Auswirkungen etwa von Großraumbüros auf Beschäftigte durch Reizüberflutung und den Verlust der Privatsphäre gezeigt. ver.di-Mitglieder können die Messe kostenlos besuchen. Weitere Infos gibt es im Internet. ●

www.orgatec.de/verdi

Broschüre

Gegen Nazis

Neonazis kommen nicht mehr in Kampfstiefeln und mit Glatze daher. Optisch bedienen sie sich schon länger in der linken Jugendkultur. Auch inhaltlich versuchen sie, mit vorgetäuschten arbeitnehmerfreundlichen Forderungen Stimmen zu sammeln. Mit der Neuauflage des Faltblatts „Neue Nazis tarnen sich – Sozialdemagogen auf der Spur“ klärt die DGB-Jugend auf, mit welchen Argumenten die Rechtsextremen auf Stimmenfang gehen. Checklisten zeigen, worauf GewerkschafterInnen achten müssen, wie sie beispielsweise eine 1. Mai-Demonstration vor Nazis schützen. Tipps und Internetlinks bieten weiterführende Information. Ein Exemplar kostet 0,05 Euro zzgl. Porto und Versandkosten. ●

www.bit.ly/dgb_bro

interregio

●●● Der **DGB Sachsen** hat gemeinsam mit den Landtagsfraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und der Partei Die Linke ein **Online-Preisausschreiben** gestartet. Im Rahmen der Kampagne „BILLIG: KOMMT TEUER – Öffentliche Aufträge gesetzlich fair regeln!“ macht eine Straßenbahn in Dresden Werbung für die Aktion. Wer diese Straßenbahn am häufigsten fotografiert und auf der Facebook-Kampagnenseite postet, erhält einen Preis. Einsendeschluss ist der 12. Dezember.

facebook.com/BilligKommtTeuerer

●●● Der **DGB Berlin-Brandenburg** kritisiert, dass viele neue Jobs am und um den **Großflughafen Berlin/Brandenburg** prekär sind. Hinter den Glitzerfassaden herrsche Tariflosigkeit, so der DGB.

berlin-brandenburg.dgb.de/l-IP2

Hans-Böckler-Stiftung

Großprojekt Verkehrswende

Mobilität muss sich verändern, da sind sich ExpertInnen sicher. Denn: Ohne Verkehrswende kann die Energiewende nicht gelingen. Um die aktuellen Entwicklungen zu ergründen, veranstaltet die Hans-

Böckler-Stiftung am 23. Oktober in Berlin die Fachtagung „Wer schafft die Verkehrswende?“. ExpertInnen aus Gewerkschaften und Wirtschaft gehen unter anderem den Fragen nach: Wie verändern sich die Arbeitsbedingungen in den Verkehrsbranchen? Wird das Potenzial der Beschäftigten in betrieblichen Innovationsprozessen genutzt? ●

www.boeckler.de/4990_40876.htm

Anzeige

Debeka

Lebensversicherungsverein a. G.

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



Kennen Sie Ihre Versorgungsansprüche?

– bei Dienstunfähigkeit durch Krankheit oder Dienstunfall und im Ruhestand

Die oftmals komplizierten Regelungen der Beamtenversorgung sind nicht immer leicht zu verstehen. Wir berechnen daher für Sie Ihre individuellen Versorgungsansprüche und bieten für Ihren persönlichen Bedarf die passenden Lösungen.

Sprechen Sie uns an, wir informieren Sie gerne.

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 498-0

www.debeka.de

anders als andere

Debeka

Herkunft entscheidet über Chancen

In Deutschland kann von einer Chancengleichheit im Bildungssystem nicht gesprochen werden. Der DGB erwartet, dass mehr Geld in diesen Bereich fließt.

Schon der Start ins Bildungsleben muss funktionieren, wenn Kinder aus bildungsfernen Familien nicht auf der Verliererstrecke bleiben sollen. Und der beginnt bei der frühkindlichen Bildung. Im Idealfall steht am Ende ein Hochschulstudium. Zwei aktuelle Bildungsstudien zeigen jedoch, dass die berufliche Zukunft in Deutschland noch immer sehr stark von dem Bildungsniveau des Elternhauses abhängt. Sowohl „Bildung auf einen Blick“, der jährlich fortgeschriebene Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), wie auch eine Studie des Mannheimer Zentrums für europäische Sozialforschung mit dem Titel „Aufstiegsangst?“ zeigen, dass zwischen den theoretischen Ausbildungschancen und der praktischen Umsetzung eine beachtliche Lücke klafft. Nach OECD-Angaben sind nur 20 Prozent der 25- bis 34-Jährigen höher gebildet als ihre Eltern. Im Durchschnitt der OECD-Länder sind es 37 Prozent.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) übte in der Passauer Neuen Presse scharfe Kritik an der OECD-Studie. Diese Expertise gebe die Lage im deutschen Bildungssystem nur verzerrt wieder. „Mich ärgert, dass die OECD schon zum wiederholten Male die außergewöhnliche Bedeutung des dualen Systems und der beruflichen Bildung in Deutschland außer Acht lässt“, sagte Schavan. Eine Kritik, der man sich beim DGB so pauschal nicht anschließt. „Natürlich zählt das duale System zu den Stärken des deutschen Bildungswesens. Das ändert aber nichts daran, dass wir mehr Bildungsaufstieg in unserer Gesellschaft ermöglichen

müssen – sei es im Rahmen einer beruflichen Aufstiegsfortbildung oder eines Studiums“, erklärt der DGB-Bildungsexperte Matthias Anbuhl. Ein schlichtes „weiter so“ sei wohl kaum das richtige Konzept.

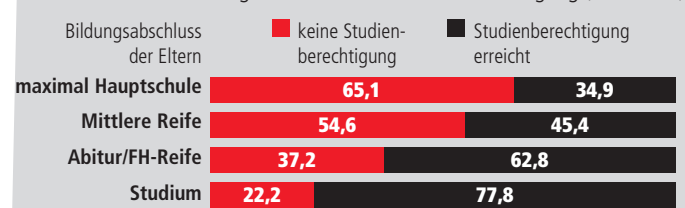
Zudem produziert das deutsche Bildungssystem zu viele Verlierer. Mehr als zwei Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss, 7,5 Millionen funktionale Analphabeten oder rund 300 000 Jugendliche, die sich in einer Warteschleife zwischen Schule und Ausbildung befinden, seien dafür eindeutige Belege. „Die soziale Auslese bleibt die Achillesferse des deutschen Bildungssystems“, er-

klärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Deshalb müssten die sozialen Barrieren in der Bildung abgebaut werden: „Einen festen Sockel der Bildungsgesellschaft darf sich unsere Gesellschaft nicht leisten.“

Doch auch wenn die Bildungsausgaben in Deutschland leicht gestiegen sind, fehlt es im System an Geld. Noch ist etwa der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz reine Theorie. Es mangelt an Einrichtungen und Personal. Die frühkindliche Bildung ist aber der Einstieg für Chancengleichheit. Geld benötigen auch die Schulen. Erst recht dann, wenn sie ein Ganz-

Soziale Ungleichheit

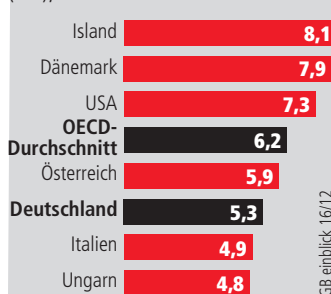
Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit und ohne Studienberechtigung (in Prozent)



Noch immer gelingt nur wenigen Kindern aus bildungsfernen Schichten der berufliche Aufstieg. Es mangelt an Anreizen, ein Studium aufzunehmen oder überhaupt die Hochschulreife anzustreben, ist das Fazit einer neuen Studie.

Geld für die Bildung

Anteil der Ausgaben für Bildungseinrichtungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), in Prozent



Deutschland investiert noch immer zu wenig in die Bildung. Trotz Steigerung der Ausgaben wird noch nicht einmal der OECD-Durchschnitt erreicht.

tagsprogramm anbieten wollen. Mehr Mittel müssten eingesetzt werden, um an Schulen in sozialen Brennpunkten zusätzliche Lehrkräfte und Sozialarbeiter einzustellen.

Wer diese ersten Bildungshürden überwunden hat, muss sein Studium auch finanzieren können. Der DGB will eine Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze beim BAföG, damit auch der Weg an die Uni einfacher wird – unabhängig vom Sozial- und Bildungsstatus des Elternhauses. Auch die Einführung der Studiengebühren hat die Entscheidung für ein Studium kaum erleichtert. Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne kritisiert die „Fehlsteuerung“ der Mittel. Das BAföG sei zugunsten eines „Stipendiums aus dem Lostopf“ reduziert worden. So öffne sich die Schere zwischen höher und schlechter qualifizierten Menschen immer weiter. ●

Fehlende Bildungsmobilität

Die Bildungsmobilität in Deutschland ist gering. Während der Ausbau der Bildungssysteme in fast allen OECD-Ländern dazu geführt habe, dass junge Menschen einen höheren Bildungsstand erreichen als ihre Eltern, sei dies in Deutschland nicht erkennbar, stellen die Autoren der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ fest. Darüber hinaus hält sich Deutschland mit seinen Bildungsausgaben konstant unterhalb des OECD-Durchschnitts, obwohl ihr Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt gestiegen ist. Der Grund: In vielen Ländern wurde ebenfalls mehr in Bildung investiert. Nach OECD-Angaben „ähnlich stark oder sogar kräftiger“.

www.oecd.org/berlin/

Akademikerkinder haben noch immer wesentlich bessere Chancen auf eine hochqualifizierte Ausbildung als Kinder aus bildungsferneren Elternhäusern. Nach einer Studie vom Zentrum für Europäische Sozialforschung, herausgegeben von der Vodafone-Stiftung, sind die „Zugangswege zum Studium sozial selektiv“.

www.vodafone-stiftung.de

kurz & bündig



Die GdP fordert mehr Anstrengungen von Verantwortlichen in Politik und Sicherheitsbehörden, die NSU-Terrorserie aufzuklären. Das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden nehme Schaden, da der Eindruck entstanden sei, dass Details über Fehler nur scheinbar ans Licht kommen.



Die EVG begrüßt die Entscheidung von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), rechte Fahrspuren auf Autobahnen nicht mit Oberleitungen auszubauen. „Güter auf die Schiene zu verlagern, ist die effektivste Methode, CO₂-Emissionen zu verringern“, betont die EVG.



Die IG BCE hat die von der Bundesregierung gestartete „Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030“ für eine beschäftigungsfördernde Bioökonomie in Deutschland begrüßt. In einem Strategiepapier erläutert die IG BCE, was sie von einer biobasierten Industrie hält.
www.bit.ly/igbce_öko



Die NGG hat den von der thüringischen CDU/SPD-Landesregierung vorgelegten Entwurf eines Mindestlohngesetzes ausdrücklich begrüßt. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg kommentiert: „Gut so. Wenn Berlin beim Mindestlohn nicht zu Potte kommt, muss es eben so gehen.“

DGB Nord

Schlechte Arbeit auf Sylt

Auf der reichsten Insel des Landes ist der Wunsch nach dem Mindestlohn besonders groß – nicht unter den vermögenden Hausbesitzern, sondern bei den vielen hundert BerufspendlerInnen, die jeden Tag auf die Insel fahren. Laut einer Umfrage des DGB Nord klagen die Beschäftigten auch dort über Arbeitsverdichtung, über wenig Mitbestimmung und über mehr Stress für weniger Geld. Danach geben 26 Prozent der befragten BerufspendlerInnen an, weniger als 8,50 Euro zu verdienen. „Das ausgerechnet dort, wo sich Einkom-

mens- und Vermögensmillionäre tummeln, überdurchschnittlich geringe Löhne gezahlt werden, ist empörend“, kritisiert Susanne Uhl, Geschäftsführerin der DGB-Region Schleswig-Holstein Nordwest.

Der DGB fordert deshalb: „Sylt braucht den Mindestlohn.“ Zudem sollen die Kontrollbehörden genauer hinschauen. Die Gewerbeaufsicht muss stärker auf die



Foto: DGB Nord

Einhaltung von Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz achten und der Zoll überprüfen, ob am Bau und in der Gebäudereinigung die Branchen-Mindestlöhne tatsächlich gezahlt werden. Zudem schrecken die hohen Lebenshaltungskosten auf Sylt die BerufspendlerInnen ab. Von denjenigen, die früher auf der Insel gewohnt haben, sagen nur noch etwa 30 Prozent, dass sie dort

eigentlich gerne wieder wohnen möchten. Der DGB kritisiert den zunehmenden Ausverkauf der Insel. •
www.nord.dgb.de/IPSr

Der DGB Nord macht mobil auf der Insel der Reichen – der Mindestlohn ist auch auf Sylt ein Thema.

Chancengleichheit

DGB als Vorbild

Im September ist der DGB erneut mit dem Titel „Total E-Quality“ für die Jahre 2012 bis 2014 ausgezeichnet worden. Das Prädikat steht für eine vorbildliche, auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern ausgerichtete Personalführung. Die Jury hob unter anderem hervor, dass der DGB ein Leitbild als familienfreundlicher Arbeitgeber entwickelt habe und seinen Führungskräften Teilzeitbeschäftigung ermögliche. Zudem habe der DGB eine Umfrage zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege durchgeführt. •

Regeln zu beachten. Denn auch immer mehr Chefs sind im Netz unterwegs und schauen sich unter Umständen die Profile und Kommentare ihrer MitarbeiterInnen genauer an. Zudem greifen Firmen wie Versicherungen oder Adresshändler gerne zu, wenn die Daten freiwillig preisgegeben werden. •

www.dgb.de/IPSv

www.bit.ly/ig_m_web2_0

solli extra

Duales Studium leicht gemacht

Mit einer *solli extra*-Ausgabe informiert die DGB-Jugend rund um das Thema duales Studium. Interessierte erfahren dort, was es zu beachten gibt, wenn man betriebliche Praxis und akademische Theorie verbinden möchte. So berichten Studierende, GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen von ihren Erfahrungen mit dualen Studiengängen. Interviews, Hintergrundberichte und Meldungen erläutern zum Beispiel, wo junge Menschen den richtigen Studiengang für sich finden können. Das Sonderheft steht zum kostenfreien Download im Netz. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Bundesrat

Mövenpick-Steuer im Visier

Eine Forderung der Gewerkschaften beschäftigt jetzt die Ausschüsse des Bundesrates. Schleswig-Holstein hat den Antrag eingebracht, die Ermäßigung der Umsatzsteuer für Hotelübernachtungen, die „Mövenpick-Steuer“, wieder abzuschaffen. Sie würde zu Steuerausfällen von jährlich einer Milliarde Euro führen und verkompliziere das Steuerrecht, heißt es im Antrag. •

Betriebsrätinnen in NRW

Neue Netzwerke

Von der Einzelkämpferin zur Netzwerkpertin: Der 1. Betriebsrätinnen-Tag, zu dem Arbeit und Leben NRW und ver.di NRW am 30. Oktober nach Düsseldorf einladen, will Austausch und Vernetzung von Frauen in Betriebsräten fördern. Referentinnen und Betriebsrätinnen diskutieren in Fachforen Themen wie Chancengleichheit, erfolgreiches Engagement und Work Life Balance. •

www.bit.ly/Betriebsraetinnen

Web 2.0

Regeln im Netz

Der Preis für die kostenlose Nutzung von Facebook & Co sind die persönlichen Daten. Das sollten die Nutzer immer im Blick haben, warnen DGB und IG Metall und geben auf ihren Webseiten Tipps für ArbeitnehmerInnen zum Umgang mit den sozialen Netzwerken. Besonders in der Arbeitswelt gelte es, bestimmte

Welttag für menschenwürdige Arbeit

Für eine neue Ordnung der Arbeit

Zum fünften Mal ruft der Internationale Gewerkschaftsbund am 7. Oktober zum Welttag für menschenwürdige Arbeit auf. Weshalb internationale Solidarität und der Kampf für Arbeitnehmerrechte gerade in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise notwendiger denn je sind, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.



Foto: DGB

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, 60, ist seit 2010 auch Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

Rund um den Globus werden am 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf menschenunwürdige Arbeitsbedingungen aufmerksam machen. **Unser Einsatz ist in dieser Zeit notwendiger denn je:** Die anhaltende Wirtschaftskrise und die damit verbundenen massiven Angriffe auf Arbeitnehmerrechte bestimmen in vielen Ländern das politische Handeln. Da werden Tarifverträge ausgehebelt, um Löhne zu drücken. Da verlängern Regierungen Arbeitszeiten, da werden Renten gekürzt und das Renteneintrittsalter höher gesetzt. Und das sind nur einige wenige Beispiele.

Es sind **die bekannten Rezepturen der Neoliberalen.** Deren falsches und dummes Credo von der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte taucht bei den Nachbetern in Politik und Medien immer häufiger wieder auf. Statt den Spielern auf den Finanzmärkten endlich das Handwerk zu legen, gehen viele Regierungen – nicht nur in Europa – daran, sozialstaatliche Errungenschaften und sozialen Schutz für die arbeitenden Menschen abzubauen, um der galoppierenden Staatsverschuldung Herr zu werden. In die sie ja meist erst dadurch geraten sind, weil sie die Banken und damit die Spekulanten vor dem Untergang gerettet haben.

Gute Arbeit weltweit

Das ist das Motto einer internationalen Konferenz, zu der anlässlich des Welttags für menschenwürdige Arbeit DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung am 7. Oktober nach Berlin einladen. Eröffnet wird die Konferenz vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Im Anschluss wird Susanne Hoffmann, ILO-Regionaldirektorin für Europa und Zentralasien, zum Thema „Menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ reden. In vier Foren wird danach über Strategien gegen Kinderarbeit, zur Regulierung von prekärer und informeller Arbeit, zur Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten weltweit und für mehr Rechte für Hausangestellte debattiert. Infos und Anmeldungen: www.dgb.de/lf91

Aktionen

Informationen über Aktivitäten und Beteiligung am diesjährigen Welttag für menschenwürdige Arbeit können gemeldet werden auf der Internetseite des IGB: www.2012.wddw.org/de/aktionen/meldet-eure-aktionen

Wir können als Gewerkschaften angesichts dieser Rolle rückwärts in der Wirtschaftspolitik nicht still halten, allein schon deshalb nicht, weil mit dieser aktuellen Politik auch **die Axt an die demokratischen Grundstrukturen unseres Gemeinwesens gelegt wird.** Es geht mittlerweile um viel mehr als materielle Interessen. Das gilt nicht nur für das eigene europäische Haus.

Gewerkschaften müssen sich weltweit gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten zur Wehr setzen. In dem einen Land sind Gewerkschaften verboten und gewerkschaftliche Arbeit ist lebensgefährlich. In einem anderen Land arbeiten 90 Prozent der Menschen in der informellen Wirtschaft, ohne den geringsten sozialen Schutz oder auch nur ein halbwegs menschenwürdiges Einkommen zu haben. Und schließlich gibt es Länder, wo es zur alltäglichen Praxis gehört, Zehnjährige in die Fabriken und den Bergbau zu schicken.

Ausbeutung und Schutzlosigkeit prägen das Leben der arbeitenden Menschen in vielen Ländern des Südens. Auch für deren Rechte tritt die internationale Gewerkschaftsbewegung am 7. Oktober ein. Es geht uns dabei auch um die Werte, die tief in unseren Herzen verwurzelt sind: Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Solidarität, die Achtung der Menschenrechte und der sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für diese Werte haben wir hart gerungen, sie sind Teil unserer Kultur.

GewerkschafterInnen auf der ganzen Welt werden am 7. Oktober auf der Straße, in Konferenzen und Seminaren auch deutlich machen: Wir sind die Organisation der Arbeit, wir sind der Anwalt der ‚Kleinen Leute‘, wir stehen für ein post-neoliberales Wirtschaftsmodell, wir stehen für eine neue Ordnung der Arbeit. ●

Solidarität mit Näherinnen

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Beschäftigte bei asiatischen Textilproduzenten sind meist schlecht. Betriebsräte der Modehäuser von H&M, Zara und Metro haben sich im letzten Jahr selbst ein Bild der Lage vor Ort in Bangladesch gemacht. Johann Rösch, ver.di-Textilexperte, berichtet: „Wir haben mit schlimmen Verhältnissen gerechnet, aber die Realität hat uns schockiert.“ Der Kampf der Näherinnen für bessere Bedingungen habe die deutschen GewerkschafterInnen „tief beeindruckt“.

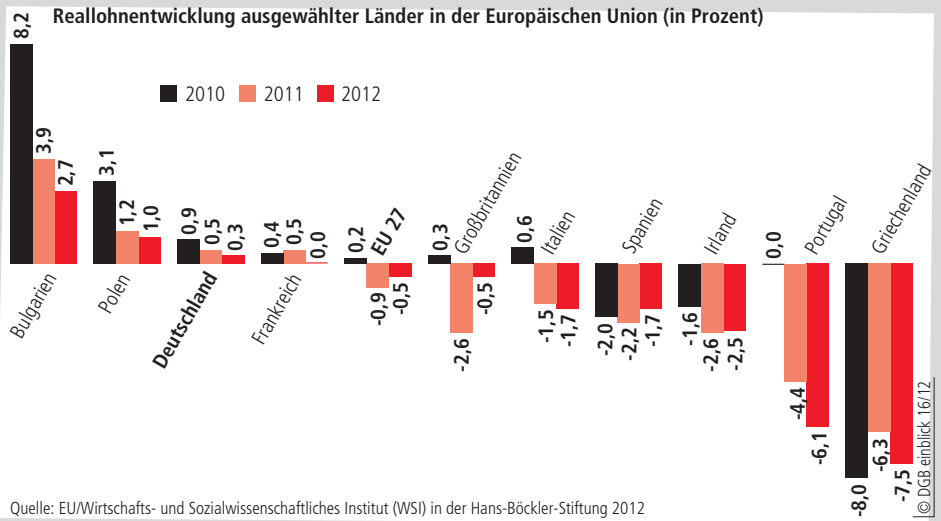
Um die Problematik noch stärker in das Bewusstsein zu rücken, hat ver.di gemeinsam mit weiteren Organisationen und Gewerkschaften die internationale Kampagne „ExChains“ gestartet. Gefordert wird unter anderem, dass Brandschutzvereinbarungen von den Modeketten unterzeichnet werden, um die ArbeiterInnen besser zu schützen. Außerdem sollen höhere Löhne gezahlt werden.

ver.di rechnet vor, dass 12 Cent mehr pro Shirt für eine Näherin in Asien ein um 50 Euro höheres Monatseinkommen bedeuten würde. Gewerkschaften sollen Zugangsrechte zu den Werken bekommen. Und Zulieferketten sollen transparenter werden.

www.bit.ly/exchains

REALLÖHNE: Krisenländer im Lohnkeller

Die europäischen ArbeitnehmerInnen verdienen immer weniger. In 16 von 27 EU-Staaten gehen die Reallöhne zurück. Das geht aus dem Europäischen Tarifbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) hervor. Im EU-Schnitt droht 2012 ein Minus von 0,5 Prozent. Besonders in den Krisenländern der EU müssen die Beschäftigten mit weniger Geld auskommen. In Griechenland sind seit 2010 die Löhne um rund 20 Prozent gesunken, in Portugal um zehn und in Spanien um knapp sechs Prozent.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

- 25.9.** DGB-Region Südwestsachsen, Diskussion „Wege aus dem Niedriglohn“, Chemnitz
- 26.9.** DGB, Diskussion „Heute die Rente von morgen sichern“, Berlin
- 26./27.9.** Hans-Böckler-Stiftung, IG Metall, Fachtagung „Engineering- und IT-Tagung: Zukunft der Arbeit“, Wolfsburg
- 26./27.9.** Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Tarifpolitische Tagung 2012: Faire Löhne und Gute Arbeit, Düsseldorf
- 27.9.** OSZ für Demokratie und Vielfalt, Konferenz „Für Demokratie und Vielfalt. Gegen Rechts-

- extremismus und Diskriminierung in der beruflichen Bildung“, Berlin
- 27.9.** DGB, BDA, Fachtagung „Betriebliche Weiterbildung gelingt gemeinsam besser“, Berlin
- 27.9.** ver.di, Diskussion „Leiharbeit – aktuelle Entwicklungen und gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten“, Hannover
- 29.9.** Bundesweiter Aktionstag „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“
- 29.9.** ver.di, Tagung „Deutsche Entwicklungspolitik zwischen Paternalismus und Kommerzialisierung“, Hannover
- 2.10.** DGB Sachsen, Diskussion „Heute die Rente von mor-

Tipp

Buch: Detlef Wetzel: Mehr Gerechtigkeit wagen – Der Weg eines Gewerkschafters, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2012, 224 Seiten, 19,99 Euro

Die globalisierte Welt verändert Wirtschaft und Gesellschaft. Die Gewerkschaften gestalten diesen Wandel mit, im Betrieb und auf politischer Ebene. Welche Rich-

tung sie zukünftig einschlagen sollten, um die Herausforderungen zu meistern, erklärt der Zweite IG Metall-Vorsitzende Detlef Wetzel in seinem Buch „Mehr Gerechtigkeit wagen – der Weg eines Gewerkschafters“. Das autobiographische Buch ist ein Plädoyer für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft und für mehr Beteiligung in den Betrieben und in der Politik.

- gen sichern!“, Dresden
- 3.10.** Tag der deutschen Einheit
- 6.10.** Bündnis „Kreis Göppingen nazifrei“, Demo gegen Neonazi-Aufmarsch, Göppingen

- 7.10.** Internationaler Gewerkschaftsbund, 5. Welttag für menschenwürdige Arbeit
- 7.10.** DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Gute Arbeit – weltweit“, Berlin

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Der FDP kann ich nur raten, die Lebensrealität der Menschen zur Kenntnis zu nehmen, im Leben der Menschen anzukommen.“

Die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) will einen gesetzlichen Mindestlohn in Thüringen einführen. Deshalb forderte sie die FDP am 11. September im „ZDF heute-journal“ auf, anzuerkennen, dass Niedriglöhne zum Alltag vieler Menschen gehören.

Hartz IV

Jobcenter zahlt Schreibtisch

Der Anspruch auf Erstaussstattung für die Wohnung ist nicht notwendig auf eine komplette Ausstattung ausgerichtet, sondern kann sich auch auf Einzelgegenstände beziehen.

Eine Schülerin, die Hartz-IV-Leistungen erhält, kann vom Jobcenter für die Erledigung ihrer Hausaufgaben einen eigenen Schreibtisch jedenfalls dann verlangen, wenn in der Wohnung kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

Sozialgericht Berlin,

Urteil vom 15. Februar 2012 - S 174 AS 28285/11 WA

Pflege-TÜV

Veröffentlichung ist zulässig

Die gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung der so genannten Transparenzberichte über die Qualität von Pflegeeinrichtungen ist zulässig.

Es handelt sich hierbei um die Ergebnisse von Qualitätsprüfungen in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen. Die Ergebnisse werden für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen verständlich, übersichtlich und vergleichbar im Internet veröffentlicht und mit Schulnoten bewertet.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,

Urteil vom 15. August 2012 - L 10 P 137/11

Drogenkonsum

Kann Sicherheitsrisiko darstellen

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) können sich weigern, einen Arbeitnehmer als Gleisbauer zu beschäftigen, dem Cannabiskonsum in der Freizeit nachgewiesen worden ist.

Denn der Drogenkonsum führt zu einem Sicherheitsrisiko, das die BVG nicht eingehen muss.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,

Urteil vom 28. August 2012 - 19 Sa 324/12

Tariffähigkeit

Keine Tarifverträge von der BIGD

Die Gewerkschaft Beschäftigtenverband Industrie, Gewerbe, Dienstleistung (BIGD) ist nicht tariffähig. Sie war auch am 1. Januar 2010 nicht tariffähig.

Arbeitsgericht Duisburg,

Beschluss vom 22. August 2012 - 4 BV 29/12

Arbeitnehmer oder Selbstständige

Telefoninterviewer ist Arbeitnehmer

Telefoninterviewer, die von einem Meinungsforschungsinstitut beschäftigt werden, sind steuerrechtlich als Arbeitnehmer und nicht als Selbstständige anzusehen, wenn die Arbeitsplätze sich im eigenen Firmengebäude befinden.

Das hat zur Folge, dass das Institut als Arbeitgeber Lohnsteuer einbehalten und abführen muss.

Finanzgericht Köln,

Urteil vom 14. März 2012 - 2 K 476/06

Alkohol im Straßenverkehr

Fahrverbot auch für Radfahrer

Einem Fahrradfahrer mit mehr als 1,6 Promille Alkohol, der sich nicht medizinisch-psychologisch untersuchen lässt, darf das Radfahren verboten werden, auch wenn der Radfahrer keinen Führerschein besitzt.

Der Fall: Der stark nach Alkohol riechende Mann fuhr nachts mit einem Fahrrad Schlangenlinien und nahm die gesamte Straßenbreite ein. Die daraufhin entnommene Blutprobe ergab eine Blutalkoholkonzentration von 2,4 Promille. Die Straßenverkehrsbehörde forderte ihn zu einem medizinisch-psychologischen Gutachten auf. Da er der Aufforderung nicht nachkam, untersagte die Behörde ihm das Führen von Fahrzeugen. Die Klage hiergegen hatte keinen Erfolg.

Das Oberverwaltungsgericht: Bei dem Mann besteht ausreichend Grund zur Annahme, dass er auch zum Führen eines fahrerlaubnisfreien Fahrzeugs ungeeignet oder nur bedingt geeignet ist. Denn der Genuss von Alkohol in höherer Dosierung führt zu einer Herabsetzung der Reaktions- und Kritikfähigkeit sowie zu Veränderungen der Stimmungslage. Häufiger Alkoholmissbrauch führt darüber hinaus zur Gewöhnung an die Giftwirkung und damit zur Unfähigkeit einer realistischen Einschätzung der eigenen Alkoholisierung. Deshalb sieht die Fahrerlaubnisverordnung die Anforderung eines Gutachtens über die Fahreignung vor, wenn ein Fahrzeug mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,6 Promille und mehr geführt worden ist. Das Anfordern eines Gutachtens bei einer solch hohen Blutalkoholkonzentration ist auch gegenüber dem Fahrradfahrer nicht unverhältnismäßig. Denn trotz der Unterschiede zur Nutzung von Kraftfahrzeugen besteht auch beim Führen von Mofas und Fahrrädern infolge der Wirkung erheblicher Alkoholmengen ein erhöhtes Verkehrsrisiko, wenn zum Beispiel motorisierte Verkehrsteilnehmer wegen des unkontrollierten Verhaltens eines alkoholisierten Radfahrers unvorhersehbar ausweichen müssen und mit anderen Fahrzeugen kollidieren. Demnach durfte die Behörde ihm das Führen fahrerlaubnisfreier Fahrzeuge verbieten.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,

Urteil vom 17. August 2012 - 10 A 10284/12.OVG

Transsexualität

Kasse hat Brustvergrößerung zu zahlen

Eine Transsexuelle kann von ihrer Krankenkasse verlangen, dass diese eine Operation zur Brustvergrößerung bezahlt.

Der Fall: Die als Mann geborene Versicherte erhielt von der Krankenkasse mehr als 15 Jahre lang Behandlungen zur Geschlechtsumwandlung finanziert. Ein chirurgischer Brustaufbau wurde aber abgelehnt. Während der Klage dagegen ließ die Frau ihre Brust operativ vergrößern. Eine Genitaltransformation ist nicht erfolgt. Die auf Kostenerstattung gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Die transsexuelle Versicherte hat Anspruch auf Erstattung der Kosten für die Brustvergrößerung. Ohne Belang ist hierbei, dass das aufgesuchte Krankenhaus nicht zur Behandlung Versicherter zugelassen war. Versicherte, denen ihre Krankenkasse rechtswidrig Leistungen verwehrt, sind nicht prinzipiell auf die Selbstbeschaffung der Leistungen bei zugelassenen Leistungserbringern verwiesen. Sie müssen sich nur eine der vorenthaltenen Naturalleistung entsprechende Leistung verschaffen.

Bundessozialgericht,

Urteil vom 11. September 2012 - B 1 KR 3/12 R